



Reichspräsident Friedrich Ebert, um 1920

SCHERL / SÜDDEUTSCHER VERLAG

*Friedrich Ebert war Sozialdemokrat, Patriot und  
der erste Präsident der Weimarer Republik. Sein oberstes Ziel:  
Deutschland sollte demokratisch sein.*

# Vaterlandstreuer Gesell

Von JOACHIM MOHR

**D**er erste gewählte Demokrat an der Spitze Deutschlands ist kein Adliger, kein Militär, kein Intellektueller, er ist ein gelernter Sattler. Am 21. August 1919 wird der Sozialdemokrat Friedrich Ebert als Reichspräsident der Weimarer Republik vereidigt. Den Reichstagsabgeordneten in Berlin verspricht er: „Ihr Vertrauen wird mir die Kraft geben, immer der Erste zu sein, wenn es gilt, Bekenntnis und Zeugnis abzulegen für den neuen Lebensgrundsatz des deutschen Volkes – für Freiheit, Recht und soziale Wohlfahrt.“

Kurz darauf erscheint die *Berliner Illustrierte Zeitung* mit einem ganzseitigen Titelbild, das Ebert beim Baden in der Ostsee zeigt – was für ein Skandal! Der Reichspräsident knietief im Wasser, dazu noch in unvorteilhaft sitzender Badehose anstatt im Badeanzug, wie bis dahin auch für Männer üblich. Das aus heutiger Sicht harmlose Foto wird von vielen Bürgern als Schande empfunden – der oberste Repräsentant des Staates abgelichtet als nasser Hanswurst.

Für die zahlreichen rechts- wie linksradikalen Feinde der ersten deutschen Demokratie war das Bild ein gefundenes Fressen. Das Foto wurde vielfach nachgedruckt, zitiert, persifliert. Die nationalkonservative *Deutsche Tageszeitung* veröffentlichte eine Postkarte, auf der dem Badehosen-Ebert Kaiser Wilhelm II. und Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg in Prunkuniformen gegenüberstehen, Überschrift: „Einst und Jetzt“. Das Witzblatt *Kladderadatsch* dichtete eine Parodie auf die kaiserliche Hymne „Heil dir im Siegerkranz“:

„Heil dir am Badestrand,  
Herrscher im Vaterland,  
Heil, Ebert, dir!  
Du hast die Badebux,  
sonst hast du weiter nix.“



Längst war klar, dass die Badehosen-Affäre eine zutiefst politische Dimension hatte: Nicht nur der Reichspräsident, die ganze neue Republik sollte bloßgestellt werden.

Gegen die Strandbilder wehrte sich Ebert sofort juristisch, es kam zum ersten von fast 200 Beleidigungs- und Verleumdungsprozessen, die der Sozialdemokrat bis zu seinem Tod gegen seine Gegner anstrebte. Am Ende jedoch sollte der Mann, der sich wie nur wenige andere Menschen um die Demokratie in Deutschland verdient gemacht hat, der Niedertracht der politischen Hassprediger gegen die Weimarer Republik erliegen.

**Der Erste Weltkrieg** ist verloren, der Kaiser geflohen – der Sozialdemokrat Friedrich Ebert hat 1919 ein ebenso klares wie großes politisches Ziel: Er will, dass Deutschland dauerhaft demokratisch wird. Dafür wird er in den nächsten sechs Jahren kämpfen, – wenn es sein muss, mit dem Einsatz von Gewalt.

Geboren wird Ebert am 4. Februar 1871 in Heidelberg. Sein Vater ist Schneidermeister, er hat fünf Geschwister. Nach der Volksschule lernt er das Handwerk des Sattlers. In einer autobiografischen Notiz schreibt er rückblickend über sich: „Als 17-jähriger Sattlergeselle zog er in die Fremde und wurde nach dreijähriger Wanderschaft in Bremen ansässig. Wie die meisten sozialistischen Arbeiter kam er über den Weg der Gewerkschaftsbewegung zum Sozialismus.“

Ab 1891 wird Ebert dort Vorsitzender des Bremer Sattlerverbandes, leitet das illegale Ortskartell der freien Gewerkschaften und engagiert sich in der SPD. Er organisiert Schulungen, Parteitage, Wahlkämpfe. Er wird Mitglied in der

Ebert (r.) im Ostseebad Haffkrug (1919), mit Ehefrau und Söhnen (um 1898)



Ebert (l.) und Reichskanzler Joseph Wirth (3. v. l.) vor dem Reichstag, 1922

Bürgerschaft. Um Geld zu verdienen, betreibt er die Gastwirtschaft „Zur guten Hilfe“, ein wichtiger Treffpunkt der Arbeiterschaft.

Er heiratet eine junge Genossin, Louise Rump, sie bekommen vier Söhne und eine Tochter. Zwei Söhne werden später im Ersten Weltkrieg fallen, einer wird nach dem Zweiten Weltkrieg Oberbürgermeister von Ostberlin und Mitglied des SED-Politbüros, ein anderer langjähriger Landtagsabgeordneter der SPD in Baden-Württemberg.

Ebert ist umtriebig und geschickt, er erarbeitet sich in der SPD schnell überregionales Ansehen. 1905 wird er zum Sekretär des Vorstandes der Bundespartei in Berlin gewählt, wohl auch auf Wunsch von August Bebel, dem damals unumstrittenen Oberhaupt der Partei. Damit gehört Ebert dem Vorstand der SPD an – und spielt im sozialdemokratischen Machtzentrum bald eine entscheidende Rolle.

„Da Bebel das halbe Jahr in der Schweiz lebte und Hugo Haase, der andere Vorsitzende, vielfach als Anwalt verhindert war, führte Ebert zumeist den Vorsitz“, notierte Philipp Scheidemann, Eberts langjähriger innerparteilicher Weggefährte, aber auch Rivale. „Er kannte alle Vorgänge. Was er wollte, setzte er fast immer durch.“

Im Jahr 1912 wird Ebert in den Reichstag gewählt, die SPD stellt mit 110 Abgeordneten erstmals die stärkste Fraktion. Als im Jahr darauf August Bebel stirbt, wird Ebert zum Parteivorsitzenden gewählt. Allerdings tritt er ein schweres Amt an, denn die Partei ist tief zerstritten: Orthodoxe Marxisten stehen gegen die sogenannten Revisionisten, die lieber Reformen statt der Revolution wollen. Ebert selbst zählt zu den Pragmatikern, später schreibt er, dass er „in den inneren Parteikämpfen immer im Gegensatz zur radikalen Linken“ stand.

**Als der Erste Weltkrieg** ausbricht, unterstützt Ebert die Bewilligung der Kriegskredite. Er will die Sozialdemokraten befreien vom Makel der „vaterlandslosen Gesellen“, den Bismarck ihnen aufgedrückt hat. Ebert fühlt sich als Patriot: Obwohl bereits zwei seiner Söhne gefallen sind, lehnt er es ab, einen Antrag zu stellen, um den dritten bereits schwer verwundeten Sohn vom Frontdienst zu befreien. Er wolle keine Vorzugsbehandlung, sagt er schlicht.

Den großen Bruch innerhalb der SPD kann Ebert indes nicht verhindern: 1917 gründet eine Minderheit aus strenggläubigen Linken und Pazifisten die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Ende des Sommers 1918 steht das Deutsche Kaiserreich dann vor seinem Ende. Eine Mehrheit in der SPD will den Staat parlamentarisieren, um eine gewalttätige Revolution zu verhindern. Im September appelliert Ebert an seine Partei: „Wer die Dinge in Russland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, dass eine solche Entwicklung bei uns eintritt.“ Im November warnt er: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“ So notierte es zumindest Max von Baden, der letzte Reichskanzler des Kaiserreichs, in seinen Erinnerungen.

Zeitweise spielt Ebert noch mit dem Gedanken an eine parlamentarische Monarchie, doch Anfang November überschlagen sich die Ereignisse: In Kiel meutern die Matrosen, in zahlreichen Städten kommt es zu Aufständen, Arbeiter- und Soldatenräte entstehen, in Berlin wird, unter Mitwirkung der SPD, die sich an die Spitze der Protestbewegung setzt, der Generalstreik ausgerufen. Am 9. November überträgt Max von Baden Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers. Sein Parteifreund Philipp Scheidemann ruft am frühen Nachmittag die Republik aus. Ebert ist dagegen, er will die Entscheidung über die Staats-

form einer Nationalversammlung überlassen.

**Nur wenig später**, noch am selben Tag und ebenfalls in Berlin, proklamiert Karl Liebknecht, der Führer des marxistischen Spartakusbundes, die „freie sozialistische Republik Deutschland“ und fordert die „Vollendung der Weltrevolution“. Er und seine Gefolgsleute drohen den Sozialdemokraten: „Das Proletariat kann sich mit diesem bürgerlich-reformistischen Inhalt nicht begnügen. Es muss zur sozialen Revolution voranschreiten. In Russland hat das Werk begonnen, in Deutschland muss es fortgesetzt werden.“

Damit streiten zwei Weltanschauungen um die Macht und die Revolution, eine sozialdemokratisch gemäßigte und eine marxistisch radikale. Ebert ist von Anfang an entschlossen, für die Idee einer parlamentarischen Demokratie zu

Am 31. Juli 1919 beschließt die Nationalversammlung die Weimarer Verfassung, Reichspräsident Ebert unterzeichnet sie am 11. August. Artikel 1 lautet: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Zumindest auf dem Papier hat Ebert zu diesem Zeitpunkt sein Lebensziel erreicht.

Doch die nächsten Jahre der jungen Demokratie bleiben unruhig. Bis 1923 lässt Ebert weitere Revolten von links gewaltsam niederschlagen, kann aber auch Putschversuche von rechts abwehren. Noch immer verfügt er kaum über der Reichsregierung ergebene Truppen. Die Regierungen wechseln in kurzen Abständen, zwölf kurzlebige Kabinette sind es während seiner Amtszeit bis Anfang 1925.

Ein mitreißender Redner, ein charismatischer Volkstribun oder gar ein Visionär – all das war Friedrich Ebert nie.

## Für viele Linke wird Ebert zum „Arbeiterverräter“.

kämpfen. Er will den Staat nicht einer antidemokratischen Minderheit überlassen.

Doch der Preis dafür ist hoch. Ebert schließt einen Pakt mit General Wilhelm Groener, dem zweithöchsten Offizier der Obersten Heeresleitung: Die Armeeführung ist der Revolutionsregierung gegenüber loyal, damit im Land für Ruhe und Ordnung gesorgt werden kann. Die Regierung wiederum lässt die Armee in Ruhe und mischt sich nicht in deren innere Autonomie ein.

In den bürgerkriegsartigen Schlachten der nächsten Monate ordnet Ebert immer wieder den Einsatz von Reichswehrverbänden und Freikorps gegen radikale Linke an oder duldet zumindest deren Einsatz. Blutig schlagen Militärs zahlreiche regionale Revolten nieder, so etwa den Spartakusaufstand in Berlin Anfang Januar und die Münchner Räterepublik im April 1919.

Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass Ebert und die Reichsregierung, weil sie über keine eigenen loyalen Soldaten verfügen, auf Truppen rechter Extremisten zurückgreifen müssen, die die Demokratie genauso verachten wie jene Linksradiكالen, gegen die sie eingesetzt werden. Für viele Linke wird Ebert deshalb zum „Arbeiterverräter“ und „Agenten der Bourgeoisie“.

Große symbolische Taten, die Grenzen der politischen Lager übergreifendes Pathos – das konnte er nicht bieten. Er war ein durch und durch nüchterner Realpolitiker. Manchen Zeitgenossen erschien er gar als kleingeistiger sozialdemokratischer Spießbürger. Kurt Tucholsky bezeichnete ihn einmal abwertend als „Papiermensch“.

Auch später bewerteten ihn viele Geschichtswissenschaftler und Linksinlektuelle kritisch: Der Publizist Sebastian Haffner schimpfte 1979, 60 Jahre nach der Niederschlagung des Spartakusaufstandes, die SPD unter Ebert habe im Jahr 1918 die Chance zu weitreichenden Reformen verspielt, als sie „die Revolution, statt sie zu nutzen, unterdrückte“. Der Historiker Heinrich August Winkler beurteilte Ebert schlicht als zu unbedeutend für das Prädikat Staatsmann. Der Reichspräsident habe stärker auf Veränderungen verzichtet, „als es die Verhältnisse erforderten“.

Viele Historiker monieren, Ebert und die SPD etwa hätten zu wenig getan, um die Beamtenschaft und insbesondere das Militär personell einschneidend zu erneuern und zu demokratisieren und so die Institutionen republiktreu auszurichten. Inwieweit dies in der Realität der Jahre 1918 und danach allerdings tatsächlich möglich gewesen wäre, ist umstritten.

Auf eine große Zahl sozialdemokratischer Reformer konnte Ebert im Staatsapparat jedenfalls nicht zurückgreifen.

Als Reichspräsident verstand sich Ebert nicht als Vertreter seiner Partei, sondern als Vertreter des ganzen deutschen Volkes. Seine Absicht war es, wie er es formulierte, die „Gegensätze auszugleichen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Schichten unseres Vaterlandes zu stärken“.

Der Historiker Walter Mühlhausen, Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, sieht dahinter ein politisches Konzept: „Der Reichspräsident hatte verinnerlicht, dass diese Republik nur dann leben – und überleben – konnte, wenn die demokratische Arbeiterbewegung mit dem demokratischen Bürgertum dauerhaft zusammenarbeitete.“

Dabei war Ebert ein wehrhafter Demokrat ganz im Sinne des späteren Politikers und Staatsrechtlers Carlo Schmid, der nach der Katastrophe der Nazi Herrschaft 1948 im Parlamentarischen Rat sagte: Man müsse „auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen“.

Die grundsätzliche Misere der Weimarer Republik konnte allerdings auch Ebert nicht lösen: Der jungen Demokratie mangelte es an demokratischen Überzeugungstätern. Zum Nachfolger Eberts wählten die Deutschen im April 1925 denn auch Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, einen alten, reaktionären Antidemokraten.

**Friedrich Ebert bezahlte** seinen Einsatz für die Demokratie schlussendlich mit seinem Leben. Die Jahrzehnte in der Politik hatten ihn viel Kraft gekostet, insbesondere die Zeit Anfang der Zwanzigerjahre, als er zum Sinnbild der verhassten Republik wurde, hatte seine Gesundheit schwer angegriffen.

Im Dezember 1924 stellt ein Gericht fest, dass er im Januar 1918, als er zur Streikleitung bei den großen Berliner Aufständen zählte, Landesverrat begangen habe. Ebert, der Patriot, ist zutiefst erschüttert. Mit Rücksicht auf den Prozess hat er die Behandlung einer Blinddarmentzündung hinausgezögert, er will auf keinen Fall Schwäche zeigen. Als er am 24. Februar 1925 ins Krankenhaus eingeliefert wird, hat er bereits einen Blinddarmdurchbruch, eine Operation kann ihn nicht mehr retten. Vier Tage später stirbt er. ■